NIEDERSCHRIFT HFA/0006/2021

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 06.05.2021 in der **Aula der Geschwister-Eichenwald-Gemeinschaftsschule**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers
Herr Marco Lennertz

:

Herr Peter Rose

Vertretung für Frau
Heike Ahlers

Herr Franz Josef Schulze
Thier

Herr Christoph Ueding
Frau Hanna Hüwe

Herr Thomas Jakobi
Herr Thomas Tauber

Herr Carsten Rampe
Herr Frank Wieland

Vertretung für Frau Iris
Pawliczek

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW:

Herr Niels Geuking

Vortragender Gast:

Herr Martin Brück von Oertzen

zu TOP 1 und 2, n.ö.S.

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Herr Stefan Holthausen
Frau Marion Lammers
Frau Michaela Besecke
Frau Cordula Hanses
Herr Rainer Hein

nur ö.S.

Schriftführerin:

Frau Karen Ebrecht

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:00 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Richtlinie für Geldanlagen der Stadt Billerbeck

Frau Lammers erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Frau Hüwe stimmt zu, auf Sicherheit und Regionalität zu setzen wäre gut.

Herr Tauber lobt das vorsichtige Umgehen von Frau Lammers. Der Leitfaden würde es sehr gut ergänzen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Richtlinie für Geldanlagen der Stadt Billerbeck wird zur Kenntnis genommen.

Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Bericht über die Ermittlung der Corona bedingten Haushaltsschäden zum 31.12.2020 und zur aktuellen finanziellen Lage gemäß § 2 Abs. 2 NKF-CIG

Frau Lammers erläutert, welche coronabedingte Schäden hätte. Diese belaufen sich fürs Jahr 2020 auf über 2,4 Mio. Euro. Auch die Personalaufwendungen wären aufgrund der Pandemie gestiegen. Um die genauen Werte zu ermitteln, hätte der Fachbereich Finanzen seit März 2020 neben Buchungstexten im Buchungsprogramm auch separate Listen geführt. Trotz allem wirkten sich diese coronabedingten Mehraufwendungen aber nicht auf den städtischen Haushalt im Ergebnis 2020 aus. Denn die im Dezember 2020 vom Land erstattete Gewerbesteuer ausgleichszahlung von rd. 3,1 Mio. muss verrechnet werden mit den Mehraufwendungen. Saldiert ergibt sich damit ein Überschuss. Allerdings steigt in 2021 und 2022 die Kreis- bzw. Jugendamtsumlage aufgrund der Gewerbesteuer ausgleichszahlung und führt zu Mehraufwendungen im Jahr der Zahlung. Alles sei weiterhin abhängig von dem Verlauf der Pandemie, auch weltweit. Sie sei trotz allem vorsichtig optimistisch.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Bericht über die finanzielle Lage gemäß § 2 Abs. 2 NKF-CIG wird zur

Kenntnis genommen.

Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

3. Regelungen in der Zuständigkeitsordnung für Auftragsvergaben

Herr Holthausen führt in die Thematik ein. Frau Hanses erläutert anhand einer PowerPoint Präsentation das Vergabeverfahren im Fachbereich Planen und Bauen. Herr Hein beantwortet aufgeworfene, rechtliche und verfahrenstechnische Fragen.

Herr Wieland lobt die Ausführung. Wichtig wäre ihm ein Überblick der Gesamtausgaben und eine Aufstellung über regionale Bewerbende.

Herr Lennertz merkt an, dass der Rat keinen einzelnen Einfluss auf Vergaben hätte.

Er möchte die Zuständigkeit zur Entscheidung der Bürgermeisterin bei 15.000 Euro bestehen lassen wollen.

Herr Tauber lobt Herrn Holthausen für den Vorschlag der Vereinfachung. Summen nach Ausschreibungen und die Verhandlungsvergabe der Bürgermeisterin solle auch bei 15.000 Euro bleiben.

Frau Hüwe begrüßt die Vereinfachung in der Bürokratie. Sie würde für die Erhöhung der Verhandlungsvergaben für die Bürgermeisterin stimmen, aber da es nicht mehrheitsfähig sein würde, wäre sie auch mit 15.000 Euro einverstanden.

Frau Dirks teilt mit, dass sie mit der Begrenzung leben könne.

Frau Dirks schlägt vor, den Beschlussvorschlag entsprechend der Beratungen anzupassen. Demnach werden die vorgeschlagenen Wertgrenzen für freihändige Vergaben und Verhandlungsvergaben auf 15.000 € beschränkt. Außerdem wird der beigefügten Mitteilungsvorlage eine Spalte hinzugefügt, welche örtliche Unternehmer auflistet. Abschließend gibt Frau Dirks an, dass es sich bei diesem TOP um einen Vorratsbeschluss handelt. In einem weiteren Schritt ist dann über den Zuschnitt von Ausschüssen zu beraten und im Anschluss wäre die überarbeitete Zuständigkeitsverordnung als Satzung zu beschließen.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Zuständigkeitsverordnung der Stadt Billerbeck wird wie folgt angepasst:

>Die Bürgermeisterin/ Der Bürgermeister wird die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Vergabe von Aufträgen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bei Freihändigen Vergaben bzw. Verhandlungsvergaben bis zu einem Auftragswert in Höhe von 25.000, -- € und bei Beschränkten und Öffentlichen Ausschreibungen in unbegrenzter Höhe übertragen.

>Auftragsvergaben über 25.000, -- € sind den zuständigen Ausschüssen oder dem Rat der Stadt Billerbeck mitzuteilen.

>Der Haupt- und Finanzausschuss entscheidet über Vergabe von Freihändigen

Vergaben bzw. Verhandlungsvergaben über einen Betrag von 25.000 € soweit nicht andere Ausschüsse zuständig sind bzw. entsprechende Haushaltsmittel eingestellt wurden.

>Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss entscheidet über Vergabe von Freihändigen Vergaben bzw. Verhandlungsvergaben in seinem Zuständigkeitsbereich über einen Betrag von 25.000 € soweit nicht andere Ausschüsse zuständig sind bzw. entsprechende Haushaltsmittel eingestellt wurden.

>Der Umweltausschuss entscheidet über die Vergabe von freihändigen Vergaben bzw. Verhandlungsvergaben in seinem Zuständigkeitsbereich über einen Betrag von 25.000 € soweit nicht andere Ausschüsse zuständig sind bzw. entsprechende Haushaltsmittel eingestellt wurden.

>Der Schul- und Sportausschuss entscheidet über die Vergabe von freihändigen Vergaben bzw. Verhandlungsvergaben in seinem Zuständigkeitsbereich über einen Betrag von 25.000 € soweit nicht andere Ausschüsse zuständig sind bzw. entsprechende Haushaltsmittel eingestellt wurden.

>Der Ausschuss für Generation und Kultur entscheidet über die Vergabe von Freihändigen Vergaben bzw. Verhandlungsvergaben in seinem Zuständigkeitsbereich über einen Betrag von 25.000 € soweit nicht andere Ausschüsse zuständig sind bzw. entsprechende Haushaltsmittel eingestellt wurden.

>Der Bezirksausschuss entscheidet über die Vergabe von Freihändigen Vergaben bzw. Verhandlungsvergaben in seinem Zuständigkeitsbereich über einen Betrag von 25.000 € soweit nicht andere Ausschüsse zuständig sind bzw. entsprechende Haushaltsmittel eingestellt wurden.

Stimmabgabe: einstimmig

4. **Ladenöffnungsgesetz (LÖG NRW) – Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Billerbeck**

Herr Messing erläutert den Beschlussvorschlag.

Herr Wieland erkundigt sich, ob auch Gewerbeschaufenster im Gewerbegebiet stattfinden könnten.

Herr Messing antwortet, dass das nach dem Gesetz ausgeschlossen sei.

Sonderöffnungen seien möglich, diese müssen separat beantragt werden.

Herr Tauber lobt die Klarheit und Rechtssicherheit für die Gewerbetreibenden in Billerbeck. Auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wären dadurch geschützt.

Herr Lennertz merkt an, dass ihre Forderung, die Werbegemeinschaft einzubinden, erfolgt wäre.

Frau Hüwe freut sich, wenn die Traditionsveranstaltung ab dem nächsten Jahr wieder stattfinden.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Billerbeck wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Mitteilungen

Keine.

6. Anfragen

6.1. Citymanagement - Herr Lennertz

Herr Lennertz bittet um die Berichterstattung des Citymanagements innerhalb der Pandemie

Frau Dirks antwortet, dass ein ausführlicher Bericht in der nächsten Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung vorgesehen sei.

6.2. Wohncontainer - Frau Hüwe

Frau Hüwe fragt nach, ob schon Konsequenzen der Containerunterbringung vorlägen.

Frau Dirks antwortet, dass sie noch keine neuen Erkenntnisse hätte.

Marion Dirks
Vorsitzende

Karen Ebrecht
Schriftführerin